

Sennegemeinde Hövelhof



Auszug aus der Niederschrift

Gremium: **Rat**

Sitzungstermin: 07.11.2013 - Öffentliche Sitzung -

TOP 1

Gemeinsamer Antrag der SPD-/FDP-Fraktionen vom 23.10.2013 bzgl. "Beauftragung eines externen Unternehmens zur Begutachtung der Schulsituation und weiterführende Maßnahmen"

Auf der Basis des Antrages vom 23.10.2013 führt GR Schäfer in das Thema ein. Die Vorlage bezeichnet er als „logische Konsequenz aus den bisherigen Aktivitäten im Schulbereich“. Dabei kommt er auf die gemeinsame Veranstaltung der antragstellenden Fraktionen sowie der Partei „Die Grünen“ im Hotel Victoria zu sprechen. Ein derartiges Gutachten solle keine Vorfestlegungen treffen, vielmehr solle der Weg der Neutralität beschritten werden. Ziel des Auftrages solle eine externe Untersuchung mit entsprechenden Empfehlungen zum Beispiel der Beauftragung einer Firma sein. Dies könne zum Beispiel das gleiche Unternehmen sein, das auch die Stadt Delbrück unlängst beraten habe. In die Untersuchung müssten selbstverständlich auch Kostengesichtspunkte einbezogen werden. Wenn dieser Rat einen entsprechenden Beschluss fasse, könne die eigentliche Entscheidung zu diesem Punkt wohl erst vom im Mai 2014 zu wählenden Rat getroffen werden.

GR Schumann nimmt auf die Ratssitzung vom 27.09.2012 Bezug. Unter Hinweis auf eine Aussage von Bgm. Berens erklärt er, dass der Schulentwicklungsplan keineswegs Informationen verhindern würde. Die gemeinsame Veranstaltung im Hotel Victoria habe einen Informationsbedarf der Eltern deutlich werden lassen. In vergleichbar weniger wichtigen Angelegenheiten, zum Beispiel in Verkehrsfragen, werde eine Bürgerbeteiligung beispielsweise inszeniert. Wenn man in diesem Bereich eine Bürgerbeteiligung, so GR Schumann, nicht zulasse, könne dies auf Dauer nicht angehen. Die hier anzulegenden Gelder seien gut investiert, so GR Schumann.

Nach den Worten GR Neisens gibt es auch im Zusammenhang mit diesem Antrag keine neuen Erkenntnisse im Schulbereich. Die angesprochene Veranstaltung im Hotel Victoria habe keineswegs, so GR Neisens, den erwartenden Zuspruch gefunden. Die insgesamt 40 Teilnehmer hätten sich zu einem nicht unerheblichen Teil aus Vertretern der Schulen sowie der politischen Parteien zusammengesetzt. Da insofern keine neuen Erkenntnisse vorliegen würden, ergebe sich auch nicht die Notwendigkeit eines neuen Beschlusses.

Im Übrigen gelte es, so GR Neisens, mit dem Thema sensibel umzugehen. Bewährte Schulformen und Verfahrensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden. „Derzeit liegt überhaupt kein Handlungsbedarf vor“, erklärt GR Neisens. Grundsätzlich wolle die CDU am

bewährten Schulsystem festhalten. Bei grundlegenden neuen Erkenntnissen werde die CDU aber auch gemeinsam mit dem Bürger handeln. „Wir beobachten dies sehr gründlich“, erklärt GR Neisens. Dabei sei darauf hinzuweisen, dass das bestehende Schulsystem durch das Anmeldeverhalten der Eltern großen Zuspruch erfahre. Die Erfolge der Hövelhofer Haupt – und Realschule würden für sich sprechen. Ein externes Unternehmen könne insofern keine neuen Erkenntnisse einbringen, so GR Neisens.

Der Leiter des gemeindlichen Schulamtes, Herr Langemeier, habe im Übrigen eine ausgezeichnete Sach- und Fachkunde. Daher sollte, so GR Neisens, auf der Basis des beschlossenen Schulentwicklungsplanes die Zukunft im Schulbereich gestaltet werden.

GR Schäfer kommt auf die Intention des Antrages zu sprechen. Die geforderten neuen Erkenntnisse seien wohl bei den Eltern vorhanden. „Wir möchten eben durch das Gutachten neue Erkenntnisse gewinnen“, erklärt GR Schäfer. Auch auf der Basis der Schulstatistik könnten neue Erkenntnisse gewonnen werden.

GR Lindemann weist – eingehend auf die Veranstaltung im Hotel Victoria – darauf hin, dass es Eltern gibt, die zu bestimmten Parteiveranstaltungen nicht gehen würden. Der Standpunkt der CDU-Fraktion in dieser Angelegenheit solle insofern überdacht werden. Vieles spreche für eine neue Befragung der Eltern. Hinter dem gemeinsamen hier beratenen Antrag steckt nach Darstellung von GR Lindemann viel mehr. Im Schulbereich gelte es nämlich, so GR Lindemann, die Dinge fortzuentwickeln. Den Standpunkt der CDU-Fraktion in dieser Angelegenheit bezeichnet GR Lindemann als „anmaßend“. Schließlich müsse man sehen, dass die Anmeldezahlen zur Hauptschule auch in Hövelhof rückläufig seien. „Wir möchten wissen, was die Eltern wirklich wollen“, erklärt GR Lindemann.

GR Lappe setzt sich mit der Kritik „anmaßend“ auseinander: Diese Äußerung ist nach seinen Worten mehr als überzogen. Es würde lediglich die Position der CDU-Fraktion vertreten. Die Schulpolitik lebt nach den Worten von GR Lappe ganz entscheidend vom Elternwillen. Eine Äußerung dieses Elternwillens finde jedes Jahr durch das Wahlverhalten zu den weiterführenden Schulen statt. Hieraus lasse sich eindeutig ablesen, dass die Eltern in Hövelhof derzeit keine Änderung der Schulpolitik wünschten. Wenn man erkläre, dass eine Schuldiskussion notwendig sei, so GR Lappe, müsse man sich fragen „von wem“. Die angesprochene Veranstaltung im Hotel Victoria sei nicht gut besucht gewesen, Elternwille sei hier in keinsten Weise deutlich geworden. „Dies sollte ihnen zu denken geben“, erklärt GR Lappe an die Antragsteller.

Die Zufriedenheit mit der bisherigen Schulpolitik sei auch im Protokoll einer Schulausschusssitzung aus dem vergangenen Jahr deutlich geworden. Ausschussmitglied Filthaut, also nicht ein CDU-Vertreter, habe ausdrücklich von einer guten Qualität der Hövelhofer Schulpolitik gesprochen und darauf hingewiesen, dass sich die Kinder und Jugendlichen in den Hövelhofer Schulen wohlfühlen würden. Dies komme, so GR Lappe, wie bereits angeführt, nicht von der CDU, sondern von einem parteiunabhängigen Ausschussmitglied.

Sodann kommt GR Lappe auf Vorgänge in der Stadt Balve zu sprechen. Unter Hinweis auf ein Zitat aus der WAZ vom 07.06.2012 beschreibt GR Lappe die große Unzufriedenheit des dortigen Bürgermeisters mit dem beauftragten externen Berater „Garbe“ im Schulbereich. Dort sei versucht worden, mit falschen Zahlen eine Entscheidung zugunsten einer neuen Schulform herbeizuführen. Das Gutachten sei letztendlich sinnlos gewesen. „Der dortige Bürgermeister war letztlich stocksauer hinsichtlich der Kosten“, erklärt GR Lappe. In der Verwaltung der Sennegemeinde Hövelhof habe man qualitativ hochwertige Mitarbeiter, die zu Auskünften in der Lage seien. Der vorliegende gemeinsame Antrag von SPD und FDP sei nicht nur inhaltlich, sondern auch handwerklich schlecht. Dies begründet GR Lappe im Einzelnen. So sei zum Beispiel die Reihenfolge des geplanten Vorgehens falsch.

GR Neisens weist den Vorwurf der Anmaßung zurück. Die CDU betreibe auch im Schulbereich keine Politik im luftleeren Raum. Von vielen Bürgern höre er, dass man stolz sein könne auf das Schulsystem im Hövelhof. Sodann kommt GR Neisens nochmal auf die gemeinsame Veranstaltung im Schulbereich im Hotel Victoria („war ein Flop“) und den anschließend hierzu verfassten Leserbrief zu sprechen. Die Antragsteller sollten, so GR Neisens, genauer erläutern, was sie letztlich wirklich wollten. „Stellen sie etwa das Schulsystem in Gänze in Frage?“, fragt GR Neisens. „Dies sollten sie dann auch sagen. Die CDU will das nicht!“ fährt GR Neisens fort. Die CDU sei aber ausdrücklich dafür, dass man sich im Schulbereich weiter entwickle. „Wenn der Tag notwendiger Änderungen kommen sollte, werden wir von uns aus das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern über neue Lösungen suchen“, erklärt GR Neisens. Bis dahin werde die CDU-Fraktion für dieses Schulsystem kämpfen.

Die FDP-Fraktion schätzt nach den Worten von GR Lindemann beide Hövelhofer Schulen. „Wir wollen keine Schule platt machen“, erklärt er wörtlich. Es gehe mit dem Antrag vielmehr darum, die Zukunftsfähigkeit im Bereich der Schulentwicklung zu gewährleisten. Gestalten und weiterentwickeln seien hier die Stichworte. Auch gelte es eine breitere Information bei den Eltern anzustreben. Man müsse wohl feststellen, dass in diesem Bereich gegensätzliche Ansätze bestehen würden.

Herr Langemeier berichtet von einem Gespräch mit der Bezirksregierung Detmold, in dem er klären wollte, ob sich für die Gemeinde Hövelhof derzeit eine Verpflichtung ergebe, eine Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung unter Beteiligung der Eltern durchzuführen. Die Bezirksregierung habe auf das Schulgesetz verwiesen, wonach Schulen zu errichten seien, wenn ein Bedürfnis dafür besteht. Die Feststellung des Bedürfnisses obliege der Gemeinde und hier dem Rat. Der Wille der Eltern sei zu berücksichtigen. Auf Nachfrage, wie sich der Elternwille manifestiert, sei ihm erklärt worden, dass als Indiz das Schulwahlverhalten, also die Anmeldungen an den örtlichen und auswärtigen Schulen, dienen kann. Solange sich daraus keine neuen Erkenntnisse ziehen ließen, ergäbe sich keine Verpflichtung zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung. Die Eltern hätten jedenfalls kein Initiativrecht.

Nach den Worten von GR Schäfer hat mindestens ein Teil des Rates dieses „Bedürfnis“ festgestellt. Eingehend auf den Leserbrief erklärt GR Schäfer, dass der Autor diesen als Vater und nicht als SPD-Mitglied verfasst habe.

Anschließend lässt Bgm. Berens über den Antrag abstimmen:

Bei Ja-Stimmen der antragstellenden Fraktionen wird der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Hövelhof, den 12.11.2013
Der Bürgermeister
i.A.